

Erhält alle 14 Tage.
Wochl. Bezugspreis
1,50 Mk.
Zu beziehen im Verlag
„Die Eiche“, Berlin
N.D. 55, Greifswalder
Straße 222.

Die Eiche

Anzeigen für die fachs-
gehaltene Beilage
20 Pfg.
Arbeitsmarkt 15 Pfg.
Ortsvereinsanzeigen
10 Pfg.

Organ des Gewerkschaftsvereins der Holzarbeiter Deutschlands (S.-D.)

Nr. 37/38

Berlin, den 21. September 1928

39. Jahrg.

Bersprechamt
Alexander 4719

Alle Zuschriften für „Die Eiche“ an P. Vollmann, Greifswalder Straße 222. Alle für das Hauptbüro des Gewerkschaftsvereins bestimmten Poststücken sind zu adressieren: Gewerkschaftsverein der Holzarbeiter Deutschlands, Berlin N.D. 55, Greifswalderstr. 222. Schilf. Geldsendungen an M. Schumacher, Berlin, N.D. 55, Greifswalderstr. 222, Postcheck. 89221 beim Postcheckamt Berlin NW 7.

Bersprechamt
Alexander 4719

1868 Sechzig Jahre Deutsche Gewerkschaften. 1928

Sechzig Jahre Gewerkschaftsleben! Ein jahrzehntelanger Kampf um die Freiheit, des sozialen Ausgleichs, für Menschenrechte, für Arbeiterwürde, umtobt von einer Weltrevolution. Ein dauernder Kampf gegen die Kriegsfurie, für den Weltfrieden. Das ist zusammenfassend im wahren Sinne des Wortes das Bekenntnis eines jahrzehntelangen Ringens innerhalb der Arbeiterbewegung. Angesichts der Tatsache, daß auch heute wieder Tausende von Männern ihre ganze Kraft für die Erhaltung des Friedens einsetzen, erinnern wir uns gerne des Tages, an dem die Deutschen Gewerkschaften ihr 40-jähriges Bestehen feiern konnten und dabei eine eindrucksvolle Rundgebung für den Weltfrieden veranstalteten.

Es war am 20. September 1908 als im Verbands- haufe der Deutschen Gewerkschaften Tausende von Männern und Frauen Zeugnis für ihren Friedenswillen ablegten. 22 englische Arbeiterführer waren eigens zu diesem Zweck über den Kanal gekommen, um unsern deutschen Brüdern die Hand zu reichen, gemeinsam mit ihnen ihren Friedenswillen zum Ausdruck zu bringen. Eine, von den englischen Freunden überreichte, mit 3000 Unterschriften versehene Adresse brachte zum Ausdruck, daß hüten wie drüber alle Kräfte eingesetzt werden müssen, den Willern den Frieden zu erhalten. Es ist leider anders gekommen, sechs Jahre später donnerten bereits die Kanonen, am 50-jährigen Bestehen der Deutschen Gewerkschaften standen noch Tausende von braven Gewerkschaftskollegen im Felde, um ihr Vaterland zu verteidigen. Trotz alledem wird die Friedensrundgebung von 1908 ein ewiger Markstein in der Geschichte der Deutschen Gewerkschaften bleiben. Dieser Geist von damals befeelt auch heute noch die ganze Bewegung. Wir sehen heute wiederum Arbeiterführer mit frischem Mut und Selbstvertrauen an dem Werke des Friedens mitarbeiten.

Die Geschichte einer Arbeiterbewegung, wie die der Deutschen Gewerkschaften, auf dem Prinzip der Selbsthilfe aufgebaut, ist überaus lehrreich. Der Weg, der zum Ziele führen sollte, war stark mit Dornen überfäet.

Als Geburtsstunde der Deutschen Gewerkschaften, der deutschen Arbeiterbewegung gelten die Septembertage des Jahres 1868. Die um die Mitte des vorigen Jahrhunderts begonnene Bewegung der lohnarbeitenden Klassen nach vermehrter Bildung und politischer Betätigung schuf auch den Drang nach Schaffung von Berufsorganisationen. Das noch bestehende Koalitionsverbot verhinderte zu damaliger Zeit die Verbindung in Arbeiter-Organisationen. Auch schien dem gewerblichen Arbeiter der Mangel der Koalitionsfreiheit kaum zum Bewußtsein gekommen zu sein. Nur langsam entwickelte sich die Großindustrie, die alten Formen des gewerblichen Lebens wurden nur nach und nach abgestreift und an die staatliche Bevormundung hatte man sich ja gewöhnt. Den Arbeitern fehlte das Verständnis für die Gemeinsamkeit ihrer Interessen. Auch war es ihnen unbekannt, daß nur eine Berufsvereinigung allein in der Lage ist, die Interessen der Arbeiter zu verteidigen, denn der einzelne Arbeiter ist dem Unternehmer gegenüber bekanntlich damals wie heute machtlos.

Unter der Führung von sozial bewußten Männern aus Bürgerkreisen entstanden dann die Erwerbs- und Wirtschafts-Genossenschaften, Konsumvereine und Produktions-Genossenschaften. Die Namen Schulze-Weitzsch, Franz Dunder und Dr. Max Hirsch waren damals allgemein bekannt. Die von ersterem geleitete Genossenschaftsbewegung muß bis auf den heutigen Tag als bahnbrechend für das gesamte Genossenschaftswesen angesehen werden. Neben diesen Genossenschaften waren die Arbeiterbildungsvereine die einzige Verbindung, die die Arbeiter unterhielten. Hier eigneten sich die Arbeiter

dieserigen Kenntnisse an, die zur öffentlichen Betätigung erforderlich waren. Sie waren die Vorkursen der späteren Berufsvereine. Die Geschichte bestätigt es, daß die Führer der Arbeiterbewegung auch die Lehrer und Leiter in den Bildungsvereinen waren. Erst im Sommer 1868 wurden die alten Koalitionsverbote aufgehoben und damit der Weg zur Gründung von Arbeiterorganisationen freigegeben.

Ueber die Grundlage einer Organisationsform für die Gewerkschaften bestand zu damaliger Zeit eine völlige Unwissenheit. Diese wurde erst durch Dr. Max Hirsch gehoben. Dieser, ein junger Nationalökonom, hatte sich bis dahin insbesondere mit dem Genossenschaftswesen befaßt. 1868 reiste er aus eigenem Antrieb und auf eigene Kosten nach England, um das dortige höher entwickelte Genossenschaftswesen zu studieren. In diesem industriell hochentwickeltem Lande, erregte die damalige Entwicklung der englischen Gewerkschaften (Trades Unions) sein besonderes Interesse. Seine Erfahrungen schrieb er nieder und veröffentlichte sie in den Sozialen Briefen aus England am 2. und 4. August 1868 in dem derzeitigen Hauptorgan der Arbeiterbewegung, der „Berliner Volkszeitung“, welche von Franz Dunder herausgegeben wurde. Diese Schilderungen der englischen Arbeiterbewegung erregte nicht nur in Berlin, sondern in ganz Deutschland Aufsehen. Sie riefen aber auch die Anhänger Lassalles, wie die um Bebel-Liebnecht herum auf den Plan. Am 5. September 1868 wurde unter Bebel's Leitung auf dem Vereinstage der Arbeitervereine der Anschluß an die Internationale Arbeiterassoziation beschlossen. Am 26. September desselben Jahres fand ein von den Anhängern Lassalles, den Reichstagsabgeordneten v. Schweitzer und Fricksche einberufener allgemeiner Arbeiterkongreß statt, wobei über die Organisierung von Arbeitseinstellungen durch Gewerkschaften beraten werden sollte. Da der von Lassalle mit so hohen Erwartungen begründete „Allgemeine deutsche Arbeiterverein“ dem Zerfall nahe war, scheuten die sozialdemokratischen Führer vor einer Kühnen Anleihe bei dem von Max Hirsch in seinen sozialen Briefen entwickelten Grundzügen einer Berufsorganisation nicht zurück.

Auf diesem Kongreß erschien auch Dr. Max Hirsch nebst 11 anderen Delegierten, die in einer Versammlung von Berliner Maschinenbauern gewählt waren. Um die Zahl der auf dem Kongreß vertretenen Arbeiter und bestimmte Regeln für die Abstimmung festzustellen, beantragte Max Hirsch, daß jeder Delegierte nur eine Stimme haben soll. Hieraus entwickelte sich eine derart heftige Debatte, daß der Kongreß vertagt werden mußte. Unterdessen konstruierte nun Herr v. Schweitzer, der bekanntlich auch im Solde Bismarcks gestanden hat, von Bebel selbst später als Spitzel und Lump bezeichnet wurde, ein Pamphlet in Form einer Entschlieung, die folgenden Wortlaut hatte: „In Erwägung, daß die Versammlung zweifellos erkannt hat, daß die betreffenden Herren lediglich erschienen sind, um im Interesse der Kapitalisten Unfrieden und Störung unter den Arbeitern zu verursachen, fordert die Versammlung die betreffenden Herren auf, sich zu entfernen“. Der Polizeispitzel v. Schweitzer hatte sein Ziel erreicht, angewidert von solch wüstem Treiben, bei dem man nicht vor Gewaltmaßnahmen zurückschreckte, verließ Dr. Max Hirsch den Kongreß. Eine am Abend des Kongreßtages vorgebrachte heuchlerische Entschlieung sollte den Sinauswurf von Max Hirsch etwas abschwächen. Dieselbe hatte folgenden Wortlaut: „Die im Interesse der Ordnung unerlässliche Maßregel von heute Morgen richtet sich nicht gegen die Maschinenbauer Berlins, in denen die Arbeitervertreter ihre

Brüder erkennen, sondern gegen diejenigen Personen, welche absichtlich die Verhandlungen gestört haben.“

Durch diese gewalttätige Entfernung einer gemäßigten Arbeiterdeputation von dem Kongreß raubten sich die um Herrn v. Schweitzer Versammelten alle Sympathie bei den übrigen Arbeitern. Andererseits waren diese Vorgänge nur geeignet den Mut und die Entschlossenheit von Dr. Max Hirsch zu steigern. Zwei Tage später am 28. September 1868 sehen wir diesen unerfahrenden Arbeiterführer gemeinsam mit seinem Freunde Franz Dunder in der entscheidenden Arbeiterversammlung, in der die Gründung der Deutschen Gewerkschaften vollzogen wurde, sein Programm entwickeln. Mit Begeisterung nahm die Versammlung die Neben von Franz Dunder und Max Hirsch entgegen. Galt es doch freie Organisationen zu schaffen zum wirklichen Schutze der Arbeiterinteressen. Die Deutschen Gewerkschaften bildeten von Anfang an, um hierbei Worte unseres Begründers zu gebrauchen, ein zielbewusstes und groß angelegtes Werk sozialer Reformation, den ersten Versuch, die deutsche Arbeiterschaft auf dem Boden der freien Gesellschaft aus sich selbst heraus zur Erreichung einer sicheren, wirtschaftlich und geistig erhöhten Existenz zu organisieren. Durch die intolerante Behandlung politisch anders gesinnter Personen durch die Sozialdemokraten entstanden demnach drei verschiedene Arbeiterorganisationen in einem Monat: Die Deutschen Gewerkschaften, die Bebel-Liebnecht'sche internationale Arbeiterassoziation und der v. Schweitzer'sche Gewerkschaftsbund. Die beiden letzten Gebilde gaben sich 1875 auf dem Einigungskongreß in Gotha den Bruderkuß und bildeten den Stammbaum zu den heutigen sozialdemokratischen, oder wie die offizielle Bezeichnung besagt, den freien Gewerkschaften.

Ein Menschenalter von Erfahrungen in der Arbeiterbewegung liegt heute hinter uns. Mit Stolz können die Gewerkschaftler auf ihre Organisation und dessen Leistung blicken. Aber auch dankbar müssen wir dabei des Schöpfers gedenken, der von Anfang an die Organisation auf den Grundzügen aufbaute, auf die wir noch heute nach sechzig Jahren erfolgreich, unter der Arbeiterschaft wirken können.

Drei Fundamentalgrundsätze waren es, die Dr. Max Hirsch 1868 zum Bau der Deutschen Gewerkschaften festlegte. Der erste Satz lautet: Die Arbeiter haben zur Verteidigung und Förderung ihrer Interessen eine gleichberechtigte und selbständige, aber keine unverzüglich feindselige Stellung gegen die Arbeitgeber und die anderen Klassen überhaupt einzunehmen. Vorkommende Interessengegenstände, sind daher auf dem Boden der Berufsorganisation soweit irgend möglich friedlich, vor allem durch Schiedsgerichte und Einigungsämter, nur im Notfalle durch Streiks zu beseitigen. Wie zutreffend diese Auffassung über die wirtschaftlichen Kämpfe war, spricht rühmend die gewaltige Tarifbewegung in Deutschland und die Einrichtung von Schlichtungsinstanzen, die besonders von den Kreisen stark gefördert werden, die uns dieser Grundsätze wegen jahrelang verspottet und verhöhnt haben.

Der zweite Fundamentalgrundsatz der Gewerkschaften lautet: Die wirtschaftlich-sozialen Schäden sind in erster Reihe durch organisierte Selbsthilfe der Beteiligten, namentlich der Arbeiter in ihren Berufsvereinen, zu heilen. Erst in zweiter Reihe durch die Staatshilfe in Gesetzgebung und Verwaltung, die vorbereitend, ergänzend und regelnd mitzuwirken hat. Daher fordern die Gewerkschaften vor allem volle Koalitions- und Vereinigungsfreiheit, sowie Anerkennung und gesetzlichen Schutz ihrer Organisation. Nicht minder fordern wir auch staatlichen Arbeiterschutz namentlich für die Unverwachsenen und Frauen.

Die Gewerkschaften waren von ihrer Gründung an bemüht, durch Gewährung von Unterstützungen in allen Notlagen des Lebens, der Krankheit, der Invalidität und bei Sterbefällen aus eigenen Mitteln Hilfe zu leisten. Diese leitenden Grundsätze boten den Gegnern der Deutschen Gewerkschaften, die auf dem Boden des strikten Klassenkampfes eingestellt waren, viel Angriffsflächen; zum Teil tendenziös entstellend, zum Teil aus agitatorischen Gründen wurden die von den Gewerkschaften vertretenen Unterstützungsrichtungen als Palliativ-Mittel und die Gewerkschaften selbst als Unterstützungsvereine bezeichnet. In Wirklichkeit sollten diese Unterstützungsrichtungen nur Mittel zum Zweck sein. Als alleiniges Heilmittel wurden diese Einrichtungen auch von keinem Führer bezeichnet. Die spätere Entwicklung hat der Idee der Gewerkschaften recht gegeben und im Laufe dieses Jahrhunderts sind die genannten Einrichtungen von allen Organisationsrichtungen anerkannt worden. Die Invaliden- und Altersversorgung ist inzwischen vom Staat durch eine allgemeine Versicherung abgelöst. Es war vielleicht ein Fehler, daß man auf Grund der staatlichen Versicherung die gut fundierte und mustergültig geleitete Invalidenkasse der Gewerkschaften auflöste. Auch manches andere ist durch die Behörde sehr allgemein geregelt, aber grundsätzlich hat die Entwicklung der feineren Auf- fassung der Gewerkschaften recht gegeben.

Der dritte Fundamentalgrundsatz der Gewerkschaften, der mit dem zweiten innerlich zusammenhängt, lautet:

So wünschenswert und notwendig es auch ist, daß die Arbeiter als Staatsbürger Politik treiben, so haben sie doch ihre wirtschaftlich-sozialen Berufsvereine als solche von jeder Parteipolitik fern zu halten.

Diese mit großer Sachkunde, Gewissenhaftigkeit und einem anzuerkennenden Weitblick getragenen Gedanken wurden vor 60 Jahren niedergeschrieben, auf den einzelnen Verbandstagen wurden dieselben erneuert, bezw. ergänzt. So hat der 16. Verbandstag im Jahre 1907 folgende Grundsätze festgelegt:

„Die Gewerkschaften fordern die soziale und wirtschaftliche Gleichberechtigung beider Geschlechter. Die Gewerkschaften erstreben in wirtschaftlicher Hinsicht für den Arbeiter einen wachsenden Anteil an dem Ertrage der Arbeit. Die Festsetzung der Arbeitsbedingungen hat unter gleichberechtigter Mitwirkung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu erfolgen. Der geeignetste Weg hierzu ist der Abschluß von Tarifverträgen. Sie geben grundsätzlich hierbei dem Wege der Verständigung den Vorzug, scheuen aber den Kampf nicht, wo ihren berechtigten Forderungen die Anerkennung versagt wird, oder ihre Rechte und Interessen verletzt werden.

Die Gewerkschaften verlangen von der Gesetzgebung:

Umfassende Sicherung und Ausbau des allgemeinen Arbeiterschutzes in gesundheitlicher und sittlicher Beziehung; Erweiterung der Fürsorge, insbesondere für Kranke, alte und invalide Arbeiter; Beseitigung aller Gesetze, die die Aufwärtsbewegung der Arbeiterschaft hemmen, sowie ausgeübte Einwirkung auf bessere geistige und sittliche Erziehung des Volkes.

Zur Durchführung ihrer Aufgaben auf dem Wege der Selbsthilfe bedienen sich die Gewerkschaften folgender Mittel:

1. Des gemeinsamen Vorgehens bei Vertretung der Arbeiterinteressen gegenüber den Arbeitgebern und der Gesetzgebung;
2. der Arbeitsvermittlung durch eigene oder paritätische Nachweise;
3. der materiellen Unterstützung der Mitglieder in allen Notlagen des Lebens;
4. der Förderung der beruflichen und allgemeinen Bildung;
5. des genossenschaftlichen Zusammenschlusses zur gemeinsamen Beschaffung der Wohn- und Wirtschaftsbedürfnisse.“

Auch in diesen Grundsätzen ist die ursprüngliche Anschauung verankert.

Einen breiten Raum in der Gewerkschaftsbewegung nimmt die Frage der Tarifbewegung ein. Hier an dieser Stelle näher einzugehen, erübrigt sich, da diese Frage in einem besonderen Artikel in der Zeitschrift behandelt wird.

Die Zeit ist über manche dieser Forderungen hinwegge- geeilt, in den letzten Jahrzehnten hat die soziale Gesetzgebung manche der damals aufgestellten Forderungen verwirklicht, jedoch sie mehr oder weniger aus dem wirtschaftlichen Kämpfen geschwunden sind. Außerdem verfügt man heute über eine 60 jährige Erfahrung im politischen, wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Leben; deshalb muß man bei der Betrachtung der damals aufgestellten Grund- sätze gerechterweise auch die zu der Zeit vorhandene Si- tuation mit in Rechnung stellen.

Der Zusammenbruch des alten Systems und die Schaf- fung der Weimarer Verfassung führten dazu, daß auf den Verbandstagen 1919 und 1922 den veränderten Ver- hältnissen Rechnung getragen wurde. Hier wurden fol- gende Grundsätze aufgestellt:

Die Deutschen Gewerkschaften stellen sich auf den Boden der neu geschaffenen republikanischen Staatsform und sind bereit, unter Ablehnung jeder Art von Diktatur und Ver- gewaltigung, an einem planmäßigen Aufbau dieser Staats- form mitzuwirken, durch den der Arbeiterschaft in Privat-, Kommunal- und Staatsbetrieben Freiheit und Gleichberech- tigung sichergestellt wird.

Ausgehend von dem Grundsatz, daß der Mensch das höchste Gut innerhalb der Staatsgemeinschaft ist, das hin- reichend geschützt werden muß, halten wir es für die wich- tigste Aufgabe aller wahren Volksfreunde, insbesondere der Arbeiterschaft selbst, eine möglichst günstige Bewertung der Arbeitskraft und die Verhinderung ihrer ungebühr- lichen Ausnutzung zur Wahrheit zu machen und die Sicher- ung des kulturellen Fortschritts sowie die ethische He- bung der Arbeiterschaft mit allen Kräften zu fördern. Das wirksamste Mittel zur Lösung dieser Aufgabe ist der Zu- sammenschluß der Arbeiter und Arbeiterinnen in Gewerk- schaften und die Herbeiführung und Aufrechterhaltung einer Verständigung der verschiedenen wirtschaftlichen Ar- beitnehmer-Organisationsrichtungen zur Erreichung gemein- samer Ziele.

Die grundlegende Richtung der Deutschen Gewerkschaf- ten ist eine vollstimmlich freiheitliche. Unter Wahrung voller Toleranz in religiösen und parteipolitischen Fragen wollen sie die Arbeiter zu geistiger Freiheit, gesteigerter wirtschaftlicher Kraft, vollem Verantwortungsgefühl als mitbestimmende Staatsbürger und möglichstem Wohl- stand hinaufheben.

An obige Sätze reihen sich noch eine Anzahl Punkte von grundsätzlicher Bedeutung, die alle im fortschrittlichen Geiste gehalten sind. Wir müssen wegen Raumangel an dieser Stelle verzichten, noch weitere Ausführungen darüber zu machen. Aus allem geht mit aller Deutlich- keit hervor, daß die Deutschen Gewerkschaften in den sechs- zig Jahren ihres Bestehens eine Kulturmission ausgefüllt haben, die für die deutsche Arbeiterbewegung von hoher Bedeutung ist. Aus unserer Gesamtstellung zum öffent- lichen Leben ergibt sich auch unsere Weltanschauung. Unser Kampf gilt der Freiheit und dem Fortschritt.

„Befreiung, Gleichberechtigung, berufliche Selbsthilfe der arbeitenden Klassen — so lautete schon 1868 der helle Ruf zum ernstesten Streben, zum geistigen Kampfe. Und bei aller Entschiedenheit des Strebens, bei aller Hitze des Kampfes zugleich Besonnenheit und Gerechtigkeit. Nur auf dem geraden Wege der Sittlichkeit, nur auf dem Boden des Gemeinwohls für alle Klassen und alle Völker kann das Beste auch der einzelnen Klassen und Nationen ge- sichert werden. Weihen wir uns dem Arbeitertum, dem Deutschtum, aber nicht in einseitiger egoistischer Beschrän- kung, sondern in idealer Erweiterung zu hegländender Humanität.“

Diese Worte sprach Dr. Max Hirsch bei der Einwei- hung des Verbandshauses am 22. Oktober 1904. In seinem Geiste und an seinem Werke weiter zu arbeiten mögen alle Gewerkschaften am 28. September voll innigster Ueberzeugung geloben und in die Tat umsetzen.

Zur Sechzigjahrfeier der Deutschen Gewerkschaften.

Die großen Werke, die vom Geist der Zeit geschaffen sind, als Teil der Weltgeschichte, Sie atmen alle Unvergänglichkeit; Und strahlen wie ein Stern im hellen Lichte. Als solch ein Werk, das kein Erschüttern kennt, Stehn festest Deutschlands Gewerkschaften. Ein majestätisch stolzes Monument, Das heute strahlet im lichten Glorionscheine. Wer je die Großtat ganz ermessen kann, Gedankel heute mit innerem Erleben Der Zeit als noch der deutsche Arbeitermann, Hilflos und schwach, der Willkür preisgegeben. Doch waren damals, just zur rechten Zeit, Selbstlose, edle Männer schon am Werke Und weckten die Erkenntnis weit und breit: „Nur im Zusammenschluß liegt eure Stärke!“ Und dieser Ruf fand freud'gen Wiederhall; Zusammen scharten sich die Intelligenzen, Zu fördern die Ideen überall Und auszudehnen der Bewegung Grenzen. So wurden denn aus Treu und Opfermut Deutschlands Gewerkschaften einst geboren. Einmütigkeit war stets ihr Attribut, Verbündel und verbündert und verschworen. Und heut', nach sechzig Jahren, blicken wir Bewundernd auf das stolze Werk der Allen, Im Pflichtgefühl zu schaffen für und für, Das Uebernommene weiter zu gestalten. Nicht scheuend Arbeit, Opfer, Mühe, Last, Der Allen Werk zu fördern und zu schützen. „Was du ererbt von deinen Vätern hast, Erwirb es, um es immer zu besitzen. Denn seht, das Fundament von einst ist gut; Und festgefügt sind der Gemölbe Mauern. Wenn jeder von uns seine Pflicht nur tut, Dann wird das stolze Bauwerk ewig dauern.

H. Hippe.

Die Forderung nach Wirtschaftsdemokratie

Wer aufmerksam die Entwicklung der freien Gewerkschaften in den letzten Jahrzehnten verfolgt hat, wird gefunden haben, daß das Wort vom Klassenkampf immer mehr in die Verlesung geschwunden, lediglich noch al- teiliger Phrasenschaal angewandt wird. Theorie und Praxis sind eben zweierlei und man hat sich auch in diesen Kreisen der nüchternen Gegenwart nicht verschließen können. Die Verbundenheit mit der sozialdemokratischen Partei hat auch hier eine Wandlung eintreten lassen, die die Führer dieser Bewegung nicht vorausgesehen haben. Diese Wandlungen, die die freien Gewerkschaften in letzter Zeit durchgemacht haben, erstrecken sich nicht nur auf die Frage des Tarifvertrages, der Schaffung der Betriebsvertretung und der Unterstützungsrichtungen sondern sie sind grundsätzlicher Art. Der Gewerkschafts- kongress in Hamburg, welcher in den ersten Septembertagen dieses Jahres stattgefunden hat, hat Beschlüsse gezeigelt, die die völlige Umkehr vom Klassenkampf zur Wirtschaftsdemokratie bedeuten. Es ist wertvoll festzu- stellen, daß dies Bekenntnis gerade in den Tagen erfolgt ist, als die Deutschen Gewerkschaften auf eine 60 jährige bornen- volle Arbeit zurückblicken, die das Wort und die Bedeutung des Wortes Wirtschaftsdemokratie längst in ihrem Pro- gramm verankert und die Verwirklichung derselben ange- strebt haben.

Es ist angesichts dieser Vorgänge notwendig die frü- heren Gegensätze hervorzuheben. In dem Programm der Sozialistischen Partei, das auch von den freien Gewerkschaften vertreten wurde, hieß es, daß „Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft zum Untergang des Kleinbetriebes führe“, und daß die Beseitigung des Privateigentums an Produktionsmitteln und die Umwand- lung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion, das einzige Mittel zur Befreiung des Proletariats sei! Und nur die Arbeiter- klasse könne dies bewirken, weil alle anderen Klassen „auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen.“ Sie fordert also nicht etwa die Reform des Ar- beitsvertrages, seine Verwandlung aus einem Gewaltver- hältnis in ein Rechtsverhältnis; sondern sie erklärte ohne weiteres die Beseitigung des Arbeitsvertrages, seine Er- setzung durch eine nirgends definierte „Vergesellschaftung der Produktionsmittel“ als die einzige Lösung.

Auf dem Gewerkschaftskongress hat Frh. Naphthali über Wirtschaftsdemokratie einen Vortrag gehalten, aus dem die Tagespresse zwar nur Einzelheiten gebracht hat, der aber durch die Billigung der Leitsätze seitens des Kongresses eine völlige Umkehr von dem bisherigen System bedeutet. Nach dem Bericht des „Vorwärts“ hat Naphthali folgende Ausführungen gemacht: Der Ruf nach Wirtschafts- demokratie innerhalb der deutschen Arbeiterschaft bedeutet nicht ein Abrücken von der Ideenwelt des Sozialismus (!) Die Forderung nach Wirtschaftsdemokratie bezeichnet viel- mehr das Bedürfnis, den Weg zur Verwirklichung des Sozialismus zu klären. Dieser Weg wird dadurch gekenn- zeichnet, daß der Autokratie der kapitalistischen Unternehmen die Demokratie der arbeitenden Menschen entgegengesetzt wird, daß das Interesse der Gesamtheit gegenüber den Sonderinteressen einer herrschenden Klasse immer stärker in die Erscheinung tritt.

Der Kapitalismus hat bereits von sich aus das System der freien Wirtschaft grundlegend verändert, indem er es mit zahlreichen Organisationsmomenten durchsetzte. Der Zweck dieser Durchorganisation ist die Beherrschung des deutschen Marktes. Schätzungsweise ist bereits mehr als die Hälfte der industriellen Produktion in irgendeiner Form in dieses Reg.organ. Bindungen einbezogen worden. Diese Durchorganisation des Kapitalismus bedeutet noch nicht De- mokratisierung der Wirtschaft, sie muß aber zwangsmäßig deren Entwicklung beeinflussen. Denn diese höchste Form autokratischer Wirtschaftsbeherrschung ruft eine Gegenbewegung der Gesamtheit hervor, die sich äußert in dem Verlangen nach

Kontrolle der privatkapitalistischen Monopole

durch die Gemeinschaft, vertreten durch den demokratischen Staat. Neben der Staatskontrolle muß die Teilnahme der Arbeiterschaft an der Führung der großen Monopol- organisationen treten. Wir haben bereits einige Selbst- verwaltungskörper auf geschäftlicher Grundlage (Kohle, Kali), die freilich noch Mängel aufweisen und daher einer Reform bedürfen.

Neben der Tendenz zur privatkapitalistischen Organi- sation tritt als weiteres Merkmal der modernen Wirt- schaftsentwicklung das Anwachsen der öffentlichen Betriebe, treten endlich als neues unkapitalistisches Element die eigen- en Wirtschaftsorganisationen der Arbeiterschaft (Konsum- genossenschaften, Arbeiterbank, Verband sozialer Bau- betriebe usw.). Gleichlaufend mit dieser Entwicklung auf der Produktionsseite gehen die Wandlungen, die sich in der Ge- staltung des Arbeitsmarktes vollziehen. Die frühere Frei- heit des Arbeitsmarktes, die eine ökonomische Hörigkeit des Arbeiters gegenüber dem Kapital bedeutete, ist durch die jahrzehntelange Arbeit der Gewerkschaften in ihren Grund- lagen umgemodelt. An die Stelle individueller Vertrags- abschlüsse einer Vielheit von Arbeitern trat das kollektive Arbeitsrecht. Mit sozialen Gesetzen griff der Staat

immer stärker in die Freiheit der Wirtschaft ein (Arbeitszeit, Arbeiterschutz, Sozialversicherung). Mit der Arbeitslosenversicherung wurde neuerdings der Keim gelegt für ein neues soziales Güterrecht, für eine

Umgestaltung der Verteilungsordnung.

Der Rechner streift dann die Rationalisierungsfrage. Ziel der Rationalisierung ist die Verringerung der Unkosten, mit denen ein bestimmtes Arbeitsergebnis erreicht werden kann. Soweit diese Verringerung auf technischem Fortschritt und besserer betrieblicher Organisation beruht, wird sie auch von der Arbeiterschaft grundsätzlich bejaht. Sofern die Ersparnisse allerdings durch rücksichtslose Beschleunigung des Arbeitstempos, durch übermäßige Verausgabung von Arbeitskraft erzielt werden sollen, muß sie auf den berechtigten Widerstand der Arbeiterschaft stoßen. Denn solche Methoden haben mit echter, fortschrittlicher Rationalisierung nichts zu tun, sind Pseudorationalisierung, weil sie nicht berücksichtigen, daß die Erhaltung der Arbeitskraft und der Lebenskraft das wichtigste Ziel aller Wirtschaft sein muß. Derartigen Auswüchsen muß durch ein

Mitbestimmungsrecht der Arbeitervertreter

vorgebeugt werden. Auch diese Frage mündet also in die Forderung nach Demokratisierung der Wirtschaft aus.

Der Prozeß der Überwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems spielt sich also praktisch in unendlich vielfachen Formen ab. Alle Gegenwartsforderungen der Arbeiterklasse tragen daher den gemeinsamen Charakter, daß sie gegenüber der kapitalistischen Autokratie eine Demokratisierung der Wirtschaftsführung anstreben. Demokratisierung ist aber nicht nur eine Erweiterung der Rechte, sondern auch eine Ausdehnung der Pflichten. Die Erziehung zur Ausübung dieser Pflichten ist eine Bildungsaufgabe. Daher gehört der Ausbau des öffentlichen Schulwesens, insbesondere der Ausbau der Volksschulen, eng zu den Aufgaben der Wirtschaftsdemokratie. Durch die Beseitigung des Bildungsmonopols muß die Gemeinschaft den jungen Menschen die Vollenbung ihres Bildungsganges sichern.

Der Weg zum Sozialismus kann nur schrittweise zurückgelegt werden. Er führt über die Demokratisierung der Wirtschaft in ihrem weitesten Sinne. Diese Forderung bedeutet also den beharrlichen und verstärkten Kampf für die Befreiung und die Entfaltung der kulturellen Kräfte der Arbeiterklasse, den

Kampf für die Verwirklichung des Sozialismus.

Wie weiter berichtet wird, wurden diese Ausführungen mit großem Beifall aufgenommen, ein Zeichen, daß man mit dem Weg zur Wirtschaftsdemokratie einverstanden ist. Damit hat man gleichzeitig zugegeben, daß man die Wege, wie sie durch das sozialistische Programm vorgezeichnet sind, als nicht mehr gangbar betrachtet. Man hat erkannt, daß die Erklämpfung der politischen Demokratie im Staat nicht das gebracht hat, was Führer der Arbeiterbewegung erhofft hatten. Freiheitserklärung in der staatsbürgerlichen Sphäre bedeutet noch nicht Freiheitsgewinn in der wirtschaftlich-gesellschaftlichen Lebenssphäre. In der Erkenntnis dieser Tatsache liegt eine gewisse Anerkennung der Grundsätze der Deutschen Gewerksvereine.

In diesem Zusammenhang möchten wir an die Ausführungen erinnern, die der ermordete Dr. Walter Rathenau zu dieser Frage am 28. Juni 1920 in einem Vortrage machte, indem er unter Hinweis auf die großen Schwierigkeiten, die sich durch den verlorenen Krieg und der staatlichen Umwälzung, in bezug auf die Arbeiterbewegung an einer Stelle ausführte:

„Die Arbeit wird nicht vergeblich sein, denn sie führt dazu, daß die Menschen lernen, sich in ihre wechselseitigen Interessengebiete zu verstehen, daß der Arbeiter endlich jene Uebelwand durchdringt, die ihm heute das Wirtschaftsleben verhüllt und von der er glaubt, daß sie die künstliche Deckung bedeutet, hinter der geschoben wird. Er wird sie durchdringen und dahinter einen Raum erblicken, in dem ehrlich und hart gearbeitet wird. Und der Unternehmer wird ähnlich nützliche Erfahrungen in bezug auf die Interessen und Lebensbedürfnisse der Gegenseite machen.“ An anderer Stelle heißt es:

Wenn wir das bisher Betrachtete überblicken, so dürfen wir folgern: Demokratie ist heute nicht mehr ein Ziel, sondern eine Voraussetzung. Diese Voraussetzung muß aber erfüllt werden

mit neuem, lebendigen Inhalt.

Des weiteren sei an die Ausführungen des Kollegen Erkelenz erinnert, die dieser anlässlich der Einführung des Betriebsrätegesetzes machte. Nach einem Hinweis auf die rückläufige Bewegung des Wirtschaftslebens, führte derselbe an einer Stelle aus:

Welchen Weg wird die Entwicklung gehen? ... ganzen wird es vergeblich sein, ihr die Bahn vorzuschreiben. Dazu reicht keines Menschen Erkenntnisraft. Aber ebenso verfehlt wäre es zu glauben, es ließe alles nach Gutdünken und dem freien Willen bliebe kein Raum zur Entfaltung.

Der stärkste Kritiker und Dränger gegen die freie Wirtschaft, gegen die glänzenden Tatsachen der industriellen und gewerblichen Pioniere, gegen den aufwändig verfluchten und — in irgend einer Form gar zu unerbittlichen — Mehrwert war der Sozialismus. Ihm kam

die so lange und so heiß ersehnte Stunde der Erfüllung doch noch allzugleich. Es scheint eine unheilbare deutsche Krankheit zu sein, daß man dem Wirtschaftsleben Gesetze, die im luftleeren Raum gewonnen sind, aufdrängen wollte und will. Die marxistischen Sozialisten sind von der Krankheit ebensowenig frei wie die Romantiker der freien Wirtschaft. Statt das Ohr an die Tatsachen zu legen, sucht man die Tatsachen an die Wünsche anzumieten. Unmüde zu untersuchen, ob und wie weit der marxistische Sozialismus diesen Fehler von Anfang an gemacht hat. Aber auch er war in fünfzigjähriger Verarbeitung versteinert. Der Sozialismus war zum Staatssozialismus — Staatskapitalismus — Staatsbürokratismus herabgesunken und hat als solcher schon in der Kriegswirtschaft seinen Zusammenbruch erleidet. Ihn auf den Thron erheben, hieße die Wirtschaft rettungslos in wenigen Jahren verfallen und versteinern, hieße den wagemütigen Führer durch den ängstlichen und verantwortungslosen Beamten ersetzen.

Raumann hat schon vor 10 Jahren mit einiger Ironie festgestellt, daß der von unten so sehnlichst erwartete Sozialismus inzwischen von oben gemacht werde, nämlich durch die Syndikate und Trusts. Wenn man sich nicht an die äußeren Formen bindet, darf man sagen, daß hier auf der Unternehmenseite eine starke Bindung des Wirtschaftslebens, eine erhebliche Einengung der wirtschaftlichen Freiheit in weiten Industriezweigen, bereits eingetreten ist. Diesen Sozialismus von oben kann man als gegen die Konsumenten gerichtet sehen. Aber er enthält ebensovielen Elemente zu höherer Betriebs- und Verkaufsorganisation und deshalb gewiß

ein beträchtliches Stück echten Sozialismus.

Gibt es nun Brücken, die heute oder später zwischen den Bindungen, die von den Produktionsleitern (Unternehmern) erstrebt werden, zu den Bindungen die von den Arbeitenden gewollt sind, hinführen? Anders gefragt: Kampf der Sozialismus von oben, nennen wir ihn den männlichen, sich mit dem Sozialismus von unten, dem weiblichen, zu einer Vernunft oder Liebesheirat zusammenfinden? Er kann es und wird es! Erkelenz geht dann des näheren auf die wirtschaftliche Selbstverwaltung und den Gedanken der Arbeitsgemeinschaft näher ein um dann am Schluß zu erklären: Die Welle in der See des Wirtschaftslebens geht von der Freiheit zur Bindung. Das Pionierzeitalter des freien Unternehmers nähert sich auf weiten Gebieten seinem Abschluß. Das Sonderrecht des Entdeckers macht einem gemeinsamen Recht aller Arbeitenden Platz. Das ist Demokratie im Wirtschaftsleben.

Die amtliche Lohnerhebung in der Holzindustrie.

Auf Grund der Verordnung zur Ausführung des Gesetzes betr. Lohnstatistik vom 14. Juli 1927 wurde im September 1927 eine Erhebung der tatsächlichen Arbeitsverdienste in der Textilindustrie vorgenommen. Eine gleiche Erhebung hat nun im März dieses Jahres für das deutsche Holzgewerbe stattgefunden. Das Statistische Reichsamt veröffentlicht jetzt in der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ Heft 15/1928 das Ergebnis dieser Erhebungen im Holzgewerbe nach der die tatsächl. Arbeitsverdienste für März 1928 festgestellt worden sind. Erfasst wurden bei dieser ersten Erhebung im Holzgewerbe die Bau- und Möbelschädlerei sowie der Musikinstrumentenbau. Innerhalb dieser beiden Hauptzweige des Holzgewerbes erstreckte sich die Erhebung auf die höchste tarifmäßige Altersstufe (über 22 jährige Holzarbeiter und ausnahmsweise über 20 jährige Musikinstrumentenarbeiter) und die wichtigsten Lohnformen (bei den Facharbeitern und den angelernten Arbeitern Zeit- und Stücklohn, bei den Hilfsarbeitern nur Zeitlohn).

Im ganzen wurden in 29 Vertragsgebieten und 130 Orten 1481 Betriebe und 45 601 Arbeiter erfasst. Die verhältnismäßig große Zahl der Orte und Betriebe entspricht der Vorherrschaft des Mittel- und Kleinbetriebs und der örtlichen Zersplitterung im Holzgewerbe. Im einzelnen entfielen auf die Bau- und Möbelschädlerei 1360 Betriebe und 36 123 Arbeiter und auf den Musikinstrumentenbau 121 Betriebe und 9478 Arbeiter.

Von den in die Erhebung einbezogenen 45 601 Arbeitern waren 38 670 (84,8 v. H.) Facharbeiter, 1733 (3,8 v. H.) angelernte Arbeiter und 5198 (11,4 v. H.) Hilfsarbeiter. Weibliche Arbeitskräfte wurden nur im Musikinstrumentenbau (704) erfasst, wo sie in den Gruppen der Facharbeiterinnen und angelernten Arbeiterinnen teilweise häufiger vorkommen. Die vorherrschende Lohnform war in der Bau- und Möbelschädlerei der Zeitlohn, auf den fast zwei Drittel der Facharbeiter und der angelernten Arbeiter entfielen, im Musikinstrumentenbau dagegen der Stücklohn.

Durchschnittsergebnisse in der Bau- und Möbelschädlerei.

Im nach der Zahl der erfassten Arbeitskräfte gewonnenen Durchschnitt aus den 130 Sätzen der Bau- und Möbelschädlerei betrug der Stundenverdienst ausschließlich der Zuschläge für Mehr- und Ueberstunden im März 1928 für die über 22 jährigen männlichen

	in Zeitlohn	in Akkord
	Pfenninge	
Facharbeiter	115,0	127,8
Angelernte	94,2	98,7
Hilfsarbeiter	89,0	—

Der Tariflohn betrug in der Erhebungszeit nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts für

	in Zeitlohn	in Akkord
	Pfenninge	
Facharbeiter	107,0	117,5
Angelernte	91,9	98,9
Hilfsarbeiter	87,6	—

Das Statistische Reichsamt hat demnach den Tariflohn der Akkordarbeiter um die 15 Prozent erhöht, auf die diese nach dem Mantelvertrag Anspruch haben, das muß beachtet werden. Die Durchschnittsstundenverdienste waren höher als der Tariflohn um Prozente für

	in Zeitlohn	in Akkord
Facharbeiter	8,3	8,8
Angelernte	2,5	—
Hilfsarbeiter	1,6	—

Bei den Angelernten im Stücklohn wurde der tarifmäßige Durchschnittsstundenlohn um 0,2 v. H. unterschritten.

Der durchschnittliche Bruttowochenverdienst stellte sich während der Erhebungszeit einschließlich der Zuschläge für Mehr- und Ueberstunden bei über 22 jährigen

	in Zeitlohn	in Akkord
	Mark	
Facharbeitern	53,40	57,91
Angelernten	44,29	44,13
Hilfsarbeitern	41,48	—

Das Statistische Reichsamt bemerkt zu diesen Verdienstsätzen, die Erhebung sei zu einer Zeit verhältnismäßig schwacher Beschäftigung durchgeführt worden. Tatsächlich bleibt die ermittelte durchschnittliche Wochenarbeitszeit unter der tarifmäßigen von 48, in Berlin von 46 Stunden. Die Wochenarbeitszeit betrug unter Berücksichtigung der Mehr- und Ueberstunden und der Ausfälle durch Kurzarbeit, Krankheit, Wegbleiben usw. bei den über 22 jährigen männlichen

	in Zeitlohn	in Akkord
	Stunden	
Facharbeitern	45,9	45,2
Angelernten	46,9	44,8
Hilfsarbeitern	46,4	—

Die statistisch erfasste Arbeitszeit ist überaus lehrreich, sie zeigt mit aller Deutlichkeit, daß die Kurzarbeit im Holzgewerbe nicht mehr als vorübergehend, sondern als eine dauernde Erscheinung anzusehen ist, nicht eine Gruppe hat die tariflich festgesetzte Arbeitszeit erreicht. Vergleichszahlen für die Zeit unmittelbar vor dem Kriege liegen für die Bau- und Möbelschädlerei nicht vor.

Durchschnittsergebnisse im Musikinstrumentenbau

Im Musikinstrumentenbau betrug der Durchschnittsstundenverdienst ausschließlich der Zuschläge für Mehr- und Ueberstunden für die über 22 jährigen

	in Zeitlohn	in Akkord
	Pfenninge	
Facharbeiter	118,5	133,9
Angelernten	90,5	102,3
Hilfsarbeiter	90,5	—
Facharbeiterinnen	77,5	77,9
Angel. Arbeiterinnen	62,4	76,4

Der Tariflohn betrug in der Erhebungszeit nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts für

	in Zeitlohn	in Akkord
	Pfenninge	
Facharbeiter	106,5	124,8
Angelernte	91,4	105,9
Hilfsarbeiter	89,0	—
Facharbeiterinnen	68,4	79,4
Angelernte Arbeiterinnen	65,0	74,6

Im Vergleich mit den Tariflöhnen waren die tatsächlichen Durchschnittsstundenverdienste höher (+) oder niedriger (—) als der Tariflohn um Prozent für

	in Zeitlohn	in Akkord
Facharbeiter	+ 11,3	+ 7,3
Angelernte	— 1,0	— 8,4
Hilfsarbeiter	+ 1,7	—
Facharbeiterinnen	+ 13,3	— 1,9
Angelernte Arbeiterinnen	— 4,0	+ 2,4

Die Unterschreitung der tarifmäßigen Durchschnittslöhne bei den angelernten Facharbeiterinnen in Akkord und angelernten Arbeiterinnen in Zeitlohn führt das Statistische Reichsamt „hauptsächlich auf den schwachen Beschäftigungsgrad zur Zeit der Erhebung in der Musikinstrumentenindustrie“ zurück. Diese Behauptung erscheint mindestens sehr zweifelhaft, da dies dann ja auch bei den andern Gruppen zutreffen müßte.

Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit betrug unter Berücksichtigung der Mehr- und Ueberstunden und der Ausfälle durch Kurzarbeit, Krankheit, Wegbleiben usw. bei den

	in Zeitlohn	in Akkord
	Stunden	
Facharbeitern	43,5	41,5
Angelernten	47,8	37,2
Hilfsarbeitern	44,4	—
Facharbeiterinnen	42,1	37,3
Angelernte Arbeiterinnen	44,9	39,3

Auch hier ist eine Nichtausnutzung der tariflich festgelegten Arbeitszeit festzustellen. Die Gründe hierfür dürften wohl in ähnlichen Ursachen wie bei den Tischlern zu suchen sein, doch dürfte die Preisentwicklung besonders in der Klavierbranche die Abnahmögklichkeiten wesentlich erschweren.

Der Durchschnittsbruttowochenverdienst einschließlich der Zuschläge für Mehr- und Ueberstunden betrug bei den über 22 jährigen

	in Zeitlohn	in Akkord
Facharbeitern	51,69	55,62
Ungelernten	43,53	38,42
Hilfsarbeitern	40,33	—
Facharbeiterinnen	32,66	29,05
Ungelernte Arbeiterinnen	28,00	30,00

Verteilung der erfassten männlichen Facharbeiter und Hilfsarbeiter auf einzelne Lohnklassen und Arbeitszeitskufen.

Von den erfassten männlichen Facharbeitern und Hilfsarbeitern der Bau- und Möbelfabrikation sowie des Musikinstrumentenbaues hatten während der Erhebungszeit eine wöchentliche Arbeitszeit

	unter 48 Stunden	von 48 Stunden	über 48 Stunden
Facharbeiter in Zeitlohn	43,7 v. H.	33,8 v. H.	22,5 v. H.
" " Akkord	53,1 " "	36,1 " "	10,8 " "
Hilfsarbeiter in Zeitlohn	38,0 " "	25,7 " "	36,3 " "
Zusammen	46,2 " "	33,6 " "	20,2 " "

Fast die Hälfte aller erfassten Facharbeiter und Hilfsarbeiter arbeiteten demnach weniger als 48 Stunden wöchentlich, etwas über ein Drittel 48 Stunden und nur der Rest über 48 Stunden.

Die kürzeste Arbeitszeit hatten die Facharbeiter im Stücklohn, bei denen die Verdiensthöhe mehr von der Intensität als von der Dauer der Arbeit abhängt, die längste — die Hilfsarbeiter im Zeitlohn.

Eine eingehende Besprechung der ganzen Statistik behalten wir uns vor.

Aus dem Fleischergewerbe.

Es kann der Beste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt. Dieses Wort muß man auch anwenden auf die Machinationen der Sektion der Fleischer im Nahrungsmittel- und Getränkearbeiterverband. Dieser freigewerkschaftlichen Gruppe ist der den Deutschen Gewerkschaften angeschlossene Deutsche Fleischergefellensbund ein Dorn im Auge, da die meisten deutschen Fleischergefellens dem Bunde zuneigen.

In Rheinland-Westfalen, aber auch in anderen Gegenden, wo der Deutsche Fleischergefellensbund fast mit allen Innungen Tarifverträge gefällig hat, versucht der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiterverband durch die Schaffung eines Bezirksstarifs die Bundesstarife illusorisch zu machen. Das Reichsarbeitsministerium hat einen dahingehenden Antrag dieses Verbandes abgelehnt.

Runmehr kennt die Mut dieser Leute keine Grenzen. Mit völlig ungewerkschaftlichen Mitteln, nämlich der Lüge und Verleumdung, werden Flugblätter mit Karikaturen verbreitet, gegen die noch eingeschritten werden wird. Niemals ist von führenden Kollegen des Deutschen Fleischergefellensbundes versucht worden, bestehende Tarife zu verschlechtern. Gerade der Deutsche Fleischergefellensbund ist es, der nachweisbar die meisten Tarife im Gewerbe abgeschlossen hat. Diese Verträge werden nur nach vorheriger Zustimmung seitens der Mitglieder getätigt. Jetzt droht man nach altem Muster, Geschäfte, in denen Bundesgefellens beschäftigt sind, zu boykottieren und diese zur Annahme der freigewerkschaftlichen Forderungen gezwungen zu machen. Die Mitglieder des Deutschen Fleischergefellensbundes werden solchen Terror zu begegnen wissen. Es handelt sich keineswegs um Schaffung besserer, sozialer Verhältnisse, die ganze Aktion soll auf eine Machtprobe hinauslaufen, von der die freien Gewerkschaften erwarten, daß ihnen die Mitglieder scharenweise in den Stall gelassen kommen. Dieses Manöver sollte auch von allen ehrlich denkenden Gewerkschaftlern erkannt und entsprechend gewertet werden.

Berliner Möbelmesse 1928.

Die Freie Vereinigung der Berliner Holzindustriellen hat auch in diesem Jahre wieder eine großzügige angelegte Möbelmesse veranstaltet. Es ist anzuerkennen, daß diese Arbeitgebervereinigung ständig versucht, ihre Absatzgebiete zu erweitern. Der gute Ruf der guten Berliner Firmen kann kaum noch gesteigert werden. Weit über die Grenzen Berlins hinaus ist bekannt, welche Qualitätsarbeit von Berlin geliefert wird. So war es auch nicht weiter verwunderlich, daß auch in diesem Jahre die einzelnen Firmen erneuten Eifer an den Tag legten, um den Besuchern ihre hochqualifizierten Produkte vor Augen zu führen. Was dort ausgestellt war, konnte in der übergroßen Mehrzahl mit Zug und Recht als wirklich gebiegene Arbeit angesehen werden. Auch die Berliner Kollegen können mit Stolz auf die Herstellung solcher Möbel blicken. Die ruhige, gerade Linie war auch in diesem Jahre vorherrschend, die Beteiligung an der Messe scheinbar eine noch größere. Hoffentlich bringt dies auch den erwünschten Erfolg.

1. Nachtrag

zum

Akkord-Tarif für die Berliner Einseher vom 29. März 1927.

Der Akkordtarif für Einseher vom 29. März 1927 wird bis zum 31. März 1929 verlängert mit folgenden Abänderungen:

1) Die in diesem Vertrag enthaltenen Akkordsätze erhöhen sich vom Beginn der Lohnwoche, in welcher der 29. August 1928 fällt, bis zum 31. März 1929 um 15 Prozent.

2) Die §§ 8 und 9 des Akkordtarifvertrages für Einseher vom 29. März 1927 werden während der Dauer dieses Nachtrages außer Kraft gesetzt.

Berlin, den 1. September 1928.

(Folgen Unterschriften.)

Schnellere Abwicklung von Streitfällen bei der Arbeitslosenversicherung und beim Reichsarbeitsgericht.

Der Reichsarbeitsminister hat auf die Eingabe des Gewerkschaftsringes deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände wegen Beschleunigung des Verfahrens bei dem Spruchsenat für Arbeitslosenversicherung geantwortet und als richtig anerkannt, daß der Spruchsenat beim Reichsversicherungsamt stark überlastet ist. Um die aufgelaufenen Streitfragen mit möglicher Schnelligkeit zu erledigen, sei für die Zukunft wöchentlich je eine Sitzung des Spruchsenats vorgesehen. Aus dem Grunde glaube das Reichsarbeitsministerium, von der Errichtung eines 2. Senats für die Arbeitslosenversicherung im gegenwärtigen Zeitpunkt absehen zu können. Um die Rechts einheit zu sichern, sei es dem R.A. erwünscht, wenn die Rechtsprechung in Arbeitslosenversicherungssachen möglichst ein und demselben Senat vorbehalten bliebe. Es wäre nur zu wünschen, wenn durch die zugesicherte, öftere Tagung des Spruchsenats die Klagen Arbeitsloser wegen langer Vorenthaltung von Unterstützung in Streitfällen bald verstummen würden.

Auf eine weitere Eingabe des Gewerkschaftsringes betr. Beschleunigung der Revisionsprozesse beim Reichsarbeitsgericht wurde in einer gemeinsamen Antwort des Reichsarbeits- und des Reichsjustizministers ebenfalls zugesagt, in eine Prüfung einzutreten, inwieweit ein schnellerer Geschäftsgang beim Reichsarbeitsgericht sichergestellt werden kann. — Auch hier wäre im Interesse der Arbeitnehmer eine baldige Beseitigung der Verzögerungen, die im Zusammenhang stehen mit einer allgemeinen Ueberlastung des Reichsgerichts, außerordentlich begrüßenswert, stützt sich doch der eigentliche Sinn des Arbeitsgerichtsgesetzes auf den besonderen Gedanken, den Beteiligten eine raschere Prozeßführung und -erledigung zu sichern, als wie das in der allgemeinen Gerichtsbarkeit üblich und möglich ist.

Was bringt der Rundfunk?

Am Sonnabend, den 22. September ds. Jz. spricht der Generalsekretär des Gewerkschaftsringes deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände, Reichstagsabgeordneter Ernst Lemmer in der Zeit von 6-6,25 Uhr nachmittags im Rundfunk „Deutsche Welle“ über das Thema:

„Reformpläne im modernen Parlamentarismus“.

Aus den Ortsvereinen.

Breslau. In einer Versammlung unseres Ortsvereins, wozu auch die Kollegen des Ortsverbandes geladen waren, sprach am Sonntag, den 9. September cr., vormittags 10 Uhr im Kaufmannsheim Kollege Schumacher-Berlin über das Thema „Wir und die anderen.“ Redner schilderte die Gegensätze, die sich unter den politischen Parteien in Deutschland bemerkbar machen, aber auch in der wirtschaftlichen Organisation der Arbeiter vorhanden sind. In der heutigen materialistischen Zeit werde zu wenig über diese Dinge nachgedacht und so komme es, daß die meisten Mitglieder nur fragen, was zahle ich und was bekomme ich für meinen Beitrag! Die 60 Jahrefeier unserer Bewegung zwingt uns, einmal in der alten Geschichte nachzugraben, und es müsse für jedes Mitglied von Interesse sein, die Kämpfe im vorigen Jahrhundert um die Existenz der Gewerkschaften nachzulesen. Mit den schofelsten Mitteln wurden wir von links und rechts hegeiserert und trotzdem müssen wir heute anerkennen, daß sowohl die freien Gewerkschaften wie die Christlichen, was sie an praktischer Arbeit leisten, nur eine Durchführung der von unseren Führern gesteckten Ziele sei. Die Diskussion, welche sich an den Vortrag angeschlossen, war sehr ausföhrlich. Redner ermahnte in seinem Schlußwort alle Kollegen dafür zu sorgen, daß die Jugend gewonnen werde, denn alle Erfahrung und jugendlicher Feuereifer können gemeinsam unserer Sache zum Erfolg verhelfen.

Striegau. Unser Ortsverein hielt am Sonnabend, den 8. September cr. seine Mitgliederversammlung ab, wozu auch die Kollegen vom Gewerkschaftsverein der Metallarbeiter eingeladen waren. Nach Verlesung des Protokolls der letzten Versammlung sowie des Rassenberichts vom 1. August, die ohne Einwendungen angenommen wurden, wurde noch der Abschluß vom Kinderfest, welches am 1. August stattgefunden hatte, bekanntgegeben. Dann hielt Kollege Schumacher-Berlin einen Vortrag über „Die Grundsätze der Gewerkschaften“. Redner schilderte die Stellungnahme der Gewerkschaften seit der Gründung im Jahre 1868. Schon in dem Aufruf, den Dr. Max Hirsch und unsere Führer damals erließen, stellten sie sich auf den Standpunkt einer vorerst friedlichen Auseinandersetzung mit den Unternehmern. Deshalb wurden sie vielfach angegriffen. Während von Arbeitgeberseite jede Bewegung bekämpft wurde, wurde sie von links, selbst von Leuten die sich später als Polizeispitzel entpuppten, in der bestmöglichen Weise als „Schutztruppe der Unternehmer“ bezeichnet. Die Zeit und die Verhältnisse haben dazu geführt, daß die freien Gewerkschaften sich nach und nach zu unserem Standpunkt durchgerungen haben, denn was sie an praktischer Arbeit leisten, ist Gewerkschaftsarbeit. Wir wurden als Unterstützungsvereine bezeichnet und deshalb verlacht; heute versuchen die freien Gewerkschaften uns in Unterstützungsweisen zu übertrumpfen. Auch unsere Stellung zu den Tarifverträgen wird heute von der gesamten Arbeiterschaft als richtig anerkannt. Wir haben noch recht viel zu arbeiten, ehe die Arbeiterschaft als gleichberechtigt mit den übrigen Gesellschaftsklassen dasteht. Aber wir müssen durch Stärkung unserer Mitgliederzahl und durch mehr Idealismus gemeinsam arbeiten, um unserer Ziele zu erreichen.

Am der Aussprache beteiligten sich auch die Kollegen Bledesch und Hahn. Unter Vereinsangelegenheit wurde besonders auf die Feier des 60-jährigen Bestehens hingewiesen, welche am 29. September 1928 im „Deutschen Kaiser“ stattfindet. Festredner ist der Kollege Wolff-Diegnitz. Wir hoffen, daß alle Mitglieder mit ihren Angehörigen anwesend sind. Es muß auch dafür gesorgt werden, daß diejenigen, welche so selten die Versammlung besuchen, bei der 60 Jahrefeier erscheinen.

Alfred Raabe, Vorsitzender.

Wesel. Am 25. August cr. feierte der hiesige Ortsverein in einer zu diesem Zweck einberufenen und gut besuchten Versammlung das 25 jährige Mitgliedsjubiläum der Kollegen Johann Krebber und Heinrich Gerkmann (Krebber ist seit 1911 erster Vorsitzender).

Der 2. Vorsitzende, Kollege Schollen, eröffnete die Feier mit einer kernigen Ansprache, in welcher er die Verdienste und Leistungen der beiden Kollegen während dieser langjährigen Mitgliedschaft zum Ausdruck brachte. Im Auftrage des Ortsvereins überreichte er den Jubilaren einige sinnreiche Geschenke, wofür diese dankten. Kollege Schumacher-Berlin schilderte in längeren Ausführungen die Gründungsjahre des Ortsvereins Wesel. Er gedachte der damaligen Kämpfe, die seine Anwesenheit von Düsseldorf aus in Wesel so häufig notwendig machten. Redner schilderte, wie er mit den beiden Jubilaren 25 Jahre lang gemeinsam, nicht nur im allgemeinen, sondern auch in Wesel für die gemeinsamen Ideale gekämpft habe. Die uneigennütige und kollegiale Art, wie die Jubilare und insbesondere Kollege Krebber als Vorsitzender unsere und der Kollegen Interessen wahrgenommen haben, seien über jedes Lob erhaben. Selten wird in einem Ortsverein den Führern so ein uneingeschränktes Vertrauen entgegengebracht, wie es hier zu konstatieren sei. Auch den anwesenden Frauen sei zu danken, weil auch sie durch die Gewerkschaftstätigkeit der Kollegen so manches Opfer bringen mußten.

Die Ausführungen wurden von den Kollegen mit Beifall aufgenommen. Ein Schreiben des Kollegen Renner, in welchem derselbe seine Glückwünsche zum Ausdruck brachte, wurde verlesen. Nach Schluß des offiziellen Teils der Versammlung wurde die treue Tätigkeit der beiden Kollegen in den letzten 25 Jahren im gemütlichen Kreise gefeiert.



Einheitliche Vereinsabzeichen!

Alle unsere Mitglieder werden auf die einheitlichen Vereinsabzeichen hiermit aufmerksam gemacht. Die Vereinsnadel kostet das Stück 50 Pfg. In derselben Aufmachung sind wieder, wie vor dem Kriege, Manschettenknöpfe angefertigt zum Preise von 1,20 M. das Paar. Auch diese sind wie die Vereinsnadel vom Hauptbüro durch die Ortsvereine zu beziehen.

Desgleichen sind Jubiläumabzeichen für 25 jährige Mitgliedschaft in derselben Form mit Silberband und bei Zahl 25 in der Spitze für 2,50 M. das Stück vom Hauptbüro zu beziehen.